
„Die Partei der deutsch-französischen Freundschaft“

Die CDU und Frankreich 1945–2005

Ulrich Lappenküper

I. „Wunder unserer Zeit“ 1945–1963

„Aussöhnung mit Frankreich“ als „Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses“

Nach ihrer Gründung vor 60 Jahren wartete die CDU mit politischen Ideen auf, die die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig prägten: Brückenschlag zwischen Katholiken und Protestanten; ein „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus; Verzicht auf nationalstaatliche Souveränität. Kaum weniger bedeutsam war die Bereitschaft der Union, das durch die „Erbfeindschaftsideologie“ vergiftete Verhältnis zu Frankreich auf eine neue Basis zu stellen.

„Die Gesamtkonzeption unserer 1949 aufgenommen Außenpolitik“, so resümierte der erste Parteivorsitzende Konrad Adenauer im Rückblick, „bestand darin, die Aussöhnung mit Frankreich zu verwirklichen, Europa zu einigen, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen und die Partnerschaft der großen Mächte der freien Welt zu fördern.“ Nicht die Aufzählung als solche, aber die mit Bedacht gewählte Reihenfolge fordert zu gewissem Widerspruch heraus. Denn zu Beginn seiner Amtszeit war die „Aussöhnung mit Frankreich“ für Adenauer wohl eine tragende Säule seiner Außenpolitik, jedoch kein Eckpfeiler wie die Amerikaorientierung oder die europäische Integration.

Freilich hatte er schon als Oberbürgermeister von Köln in den 1920er Jahren für eine „organische Verflechtung“ der rheinischen mit der französischen Wirtschaft zur Anbahnung einer kulturellen und politischen Zusammenarbeit plädiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er diesen Gedanken wieder auf und deklarierte die Verständigung mit Frankreich zum „Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses“.

„Das Gestrüpp des Mißtrauens auseinanderbiegen“

Die Zuspitzung des Kalten Krieges, die Enttäuschung über die britische Europapolitik und der Wunsch nach einer „Erneuerung des abendländischen Gedankens“ bestärkten Adenauer in seinem Kurs. „Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht und zu so manchen Kriegen, zu Zerstörungen und Blutvergießen Anlaß gegeben hat, muß endgültig aus der Welt geschafft werden“, verkündete der frisch gebakene Bundeskanzler 1949 in seiner ersten Regierungserklärung. Kein CDU-Politiker wollte dem hehren Ziel ihrer politischen Führungsfigur widersprechen, obwohl den Protestanten im Norden und Osten Deutschlands die Gefolgschaft gewiß schwerer fiel als den Katholiken im Süden und Westen. Die Union akzeptierte die von Eugen Gerstenmaier ausgegebene Parole, man müsse „das Gestrüpp des Mißtrauens mit Frankreich auseinanderbiegen“, machte sich des Kanzlers Drang nach wirtschaftlicher Verflechtung, kulturellem Austausch und politischer Zusammenarbeit aber keineswegs vollständig zu eigen.

Daß Adenauer manchen Vorbehalt seiner Partei aus Rücksicht auf das Sicherheitsbedürfnis und die Psychologie der Franzosen zur Seite schob, rief einigen Unmut hervor. Als der Kanzler im Mai 1950 dem französischen Außenminister Robert Schuman ohne Zögern die Mitwirkung am „Schuman-Plan“ versprach, kommentierte der Bundesmini-

ster für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser maliziös, die Bundesregierung reagiere auf französische Initiativen „immer etwas zu enthusiastisch“. Und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard warnte getreu seiner marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen lautstark vor einer Reglementierung der deutschen Montanindustrie. Adenauer gab sich davon unbeeindruckt, hatte er doch erkannt, daß das geniale Konzept der Vergemeinschaftung der westeuropäischen Montanindustrie einer diplomatischen Revolution gleichkam, die Schuman auf die Formel brachte: „Entgiftung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, Sicherung des Friedens, Schaffung eines Klimas der Zusammenarbeit in Richtung Europa“.

„Marksteine“ auf dem Weg zur Verständigung

Befreit von der Last der schwierigen Verhandlungen, feierten Adenauer und Schuman die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 als ersten „Markstein“ der deutsch-französischen Verständigung; ein Jahr später setzten sie mit dem Abschluß des Generalvertrags und des Abkommens über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen zweiten. Angetrieben von seinem stets gegenwärtigen „Potsdam-Komplex“, drängte der Kanzler auf eine rasche Ratifizierung. Um die von antideutschen Ressentiments geschürten Vorbehalte Frankreichs gegen die europäische Integration abzubauen, arbeitete er ungeachtet massiver innerdeutscher Bedenken an einer Bereinigung der heiklen Saarfrage; er propagierte die Vertiefung der kulturellen Begegnungen wie auch der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Nachbarn und spielte erstmals mit dem Gedanken einer „engeren bündnisähnlichen Verpflichtung“.

Für die Umsetzung solcher Pläne fehlte es in Paris nicht nur an den politischen Voraussetzungen, sondern auch an

kongenialen Ansprechpartnern. Während die CDU die Westverträge 1953 trotz starker Zweifel an der Zuverlässigkeit Frankreichs billigte, gaben die „mehr oder weniger hysterischen Franzosen“ (Adenauer) den Abkommen 1954 den Todesstoß.

Adenauer erholte sich von diesem schweren Schlag gegen die deutsch-französische Verständigung erstaunlich schnell. Nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober 1954 gab er der Hoffnung Ausdruck, daß dieser „Tag der Aussöhnung“ einem „ewigen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich“ die Bahn breche. Für einige Christdemokraten wogen seine Konzessionen an Frankreich insbesondere in der Saarfrage jedoch so schwer, daß sie den Ratifikationsgesetzen die Zustimmung verweigerten.

„Ère nouvelle d'amitié“

Das Ende des Besatzungsstatuts und die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO 1955 läuteten im Verhältnis beider Staaten eine „ère nouvelle d'amitié“ ein (Antoine Pinay). Irritiert über die Entspannungssignale der Supermächte und erschüttert über die „Ohnmacht“ des Alten Kontinents in der weltpolitischen Doppelkrise in Ungarn und am Suez-Kanal, gelobten sich Adenauer und der französische Regierungschef Guy Mollet 1956 engste Solidarität und verliehen der europäischen Einigung neuen Auftrieb.

Daß der Kanzler dem neuen Partner im Rahmen der Römischen Verträge 1957 „kostspielige Geschenke“ (Heinrich von Brentano) überreichte, stieß in der Union auf erhebliche Kritik. Adenauer ließ sie einmal mehr abprallen, was ihm um so leichter fiel, als die „bonne entente franco-allemande“ (Antoine Pinay) nun auch in der Sicherheitspolitik erste Früchte trug.

Elektrisiert von „katastrophalen“ amerikanischen Strategieplanungen und fest davon überzeugt, daß die Bundesrepublik im anbrechenden Nuklearzeitalter nicht Atom-

protektorat bleiben dürfe, vereinbarte der Kanzler mit Mallet unter strengster Geheimhaltung die gemeinsame Herstellung von Kernwaffen. Vor dem nächsten Schritt, einer festen Allianz, scheute er indes zurück. Zwar gab es in der CDU Verfechter eines „ewigen Friedensbündnisses“ mit Frankreich (Theodor Oberländer); Adenauer aber wünschte keinen zu ausgeprägten Bilateralismus, weil er der Tragfähigkeit der „alliance incertaine“ (Georges-Henri Soutou) mißtraute.

„Union politique à deux“?

Nach der Machtübernahme Charles de Gaulles 1958 streifte der Kanzler derartige Bedenken bald ab. Entgegen erster Befürchtungen erwies sich der General als „homme de certitudes“ (Jacques Bariéty) und stellte seine Zuverlässigkeit in der Berlin-Krise eindrucksvoll unter Beweis. Adenauer honorierte die sich so positiv vom Appeasement der Angelsachsen absetzende Rückendeckung des Präsidenten mit demonstrativer Zurückhaltung in der Algerienfrage und einem Abkommen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, das Frankreich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten wesentlich günstiger stellte. Als de Gaulle ihm 1960 das Angebot einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenarbeit der Sechsergemeinschaft auf der Basis einer „étroite entente franco-allemande“ unterbreitete, sinnierte der Kanzler erstmals über einen deutsch-französischen „Freundschaftsvertrag“.

Wenn Adenauer de Gaulles Europaplan trotz zunehmender Mißstimmung in der CDU über die Ausrichtung der Bonner Außenpolitik weiterverfolgte, so lag das vornehmlich an den USA. Je unnachgiebiger der neue Präsident John F. Kennedy auf die amerikanische Vormachtrolle in der Atlantischen Allianz pochte und gleichzeitig die Entspannung zur Sowjetunion suchte, desto enger schweißte er die führenden Persönlichkeiten in Bonn und Paris zusammen. Des



Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in Reims, 1963 (BPA)

Kanzlers Hinwendung zu Frankreich resultierte nicht aus Frankophilie, sondern aus Angst: der Angst, als nuklearer Habenichters äußeren Bedrohungen schutzlos ausgeliefert zu sein; der Angst, den einzig wahren Bundesgenossen zu verlieren; der Angst vor einer niemals ganz ausgeschlossenen französisch-sowjetischen Allianz!

Innerparteiliche Widerstände selbst alter Weggefährten ignorierend, vereinbarte Adenauer mit de Gaulle 1962 den Abschluß einer „Union politique à deux“. Anfang 1963 unterzeichneten sie in einem geschichtsmächtigen Akt einen Staatsvertrag, der die Aussöhnung besiegeln sollte, die CDU aber in eine tiefe Krise stürzte. Mit der in historischer Dimension wahrlich wunderbaren „étroite entente franco-allemande“ hatten die beiden alten Staatsmänner in die Politik und Psychologie ihrer Völker ein grundlegend neues Element eingeführt. Am Ende verfehlten sie ihr Ziel, weil sie ihre politische Umwelt überforderten. Indem der Deutsche Bundestag dem Gesetz zum „Elysée-Vertrag“ mit den Stimmen der CDU eine Präambel vorschaltete, die die multilateralen Verbindungen der Bundesrepublik herstellte, brach er der bilateralen Allianz die Spitze.

II. Optionszwänge 1963–1969

„Atlantiker“ versus „Gaullisten“

Nach dem Rücktritt des Kanzlers im Oktober 1963 gerieten die deutsch-französischen Beziehungen in eine dreijährige Periode dauernder Konflikte. Verantwortlich dafür zeichneten einerseits die Ausbildung einer neuen Staatengesellschaft mit multipolarem Charakter, die Frankreich neue Handlungsspielräume eröffnete, und andererseits die nicht kompatiblen außenpolitischen Vorstellungen der Regierungen in Bonn und Paris. Von ostensiblem Missionsbewußtsein erfüllt, glaubte Adenauers Nachfolger Ludwig

Erhard, die Gesetze der Machtpolitik im ökonomischen Wettbewerb globaler Wirtschaftsräume aufheben zu können. Zwischenstaatliche, nationale Beziehungen gering-schätzend, strebte der christdemokratische homo oeconomicus aus dem Frankenland ein supranationales „Europa der Freien und Gleichen“ als *gleichwertigen* Bundesgenossen der USA an. De Gaulle hingegen, der ihm menschlich wie politisch fremd blieb, zielte auf ein die Nationalstaatlichkeit bewahrendes „europäisches Europa“, das unter der Ägide Frankreichs *gleichberechtigt* neben den Weltmächten agieren sollte.

Konfrontiert mit diesen letztlich unvereinbaren Konzeptionen zerfiel die CDU in zwei Lager, die zeitgenössisch als „Atlantiker“ und „Gaullisten“ bezeichnet wurden. Überzeugt von der Zerbrechlichkeit des deutschen Staatswesens und enttäuscht über die Politik der Amerikaner redeten die „Gaullisten“ mit Adenauer an der Spitze einer engstmöglichen Verständigung mit Frankreich das Wort, wohingegen die von Erhard und Außenminister Gerhard Schröder geführten „Atlantiker“ auf die transatlantische Partnerschaft mit den USA setzten. Die Stunde der Wahrheit brach für beide Seiten im Juli 1964 an, als Staatspräsident de Gaulle turnusmäßige Konsultationen in Bonn dazu nutzte, die Bundesregierung zur Aktivierung des Elysée-Vertrags aufzufordern. Im Gefühl, zu einer Option gegen die USA gedrängt zu werden, lehnte Erhard das Angebot ab. De Gaulles Versuch, das Bundeskabinett mit einem grandiosen Plädoyer für die Zweier-Union aufzurütteln, endete im Eklat: Der Kanzler wußte nichts zu erwidern und ließ den historischen Moment stumm verstreichen.

Das Schweigen des charismatischen, aber autoritätsschwachen Volkskanzlers provozierte de Gaulle zu einer höchst gefährlichen Riposte. Verärgert über die ‚Amerika-Hörigkeit‘ der Bundesregierung, attackierte er zunächst die von ihr anvisierte Bildung einer multilateralen Nuklearstreitkraft. Dann regte er eine „Europäisierung der deut-

schen Frage“ in der unverkennbaren Absicht an, die deutschlandpolitischen Rechte der USA herabzusetzen. Schließlich stellte er die Zusammenarbeit mit der EWG ein, bahnte engere Beziehungen zur Sowjetunion an und trat aus der militärischen Integration der NATO aus.

Obwohl der durch konfessionelle Momente noch verschärfte Streit in der CDU über das Verhältnis zu Frankreich bis an die Selbstzerfleischung reichte, hielt Erhard an seiner Linie fest. Als sich abzeichnete, daß er die Belastbarkeit der Partnerschaft zu den USA überschätzt hatte und der Bundesrepublik die Isolation im westlichen Bündnis drohte, trieb die Union ihre einst so beliebte Wahlkampflokomotive aufs Abstellgleis. Drei Jahre nach der Unterzeichnung hatte das Elysée-Abkommen Geist und Substanz verloren. Seine einzige Wirkung bestand noch darin, daß es durch den vertraglich fixierten Zwang zur regelmäßigen Konsultation einen Bruch zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vereitelte.

Keine „präferentielle Zusammenarbeit“

Hoffnung auf Besserung keimte in dem Moment auf, als in Bonn Ende 1966 eine Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger die Regierungsgeschäfte übernahm. Dank seiner Frankophonie, der literarischen Bildung und seines Wirkens als Bevollmächtigter der Bundesregierung für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elysée-Vertrages eilte dem Christdemokraten aus dem Schwäbischen der Ruf voraus, die Zerrüttung im Verhältnis mit Frankreich beheben zu können. Dem neuen Bundeskanzler war bewußt, daß die von ihm geplante außenpolitische Schwerpunktverlagerung von West nach Ost ohne Rückendekung de Gaulles kaum möglich sein würde. Auch das „atomare ‚Komplizentum‘“, zwischen den Supermächten zwang seines Erachtens zur Konzilianz gegenüber dem General.

Kiesingers Ankündigung, den „politischen Kern“ des Elysée-Vertrags endlich „in die Tat umzusetzen“, löste an der Seine hohe Erwartungen aus. Der spürbare Klimawechsel – de Gaulle sprach gar von „Kehrtwendung“ – konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grenzen der Kooperation eng gesteckt blieben. Frankreichs Flirt mit dem „ewigen Rußland“, sein Beharren auf der Abnabelung Europas von den USA und sein Drängen auf eine deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ließen die Euphorie des Neuanfangs bald versiegen. Als selbsternannter „Verwalter der Tradition Adenauers“ gestand Kiesinger der bilateralen Freundschaft zwar die entscheidende Rolle für die Zukunft Europas zu. Doch sein bündnispolitischer Pragmatismus veranlaßte ihn, sich von Adenauers Frankreichbindung ebenso abzusetzen wie von Erhards ‚Amerika-Hörigkeit‘.

Trotz wachsender Klagen in der CDU über die Eigenmächtigkeiten des französischen Präsidenten hielt der Kanzler am „Kernverhältnis“ mit dem Nachbarn zäh fest. Dank durfte er dafür nicht erwarten, denn de Gaulle verlangte mehr: eine „präferentielle Zusammenarbeit“, um die „amerikanische Herausforderung“ zu meistern. Allein, zu einem exklusiven Bündnis war Kiesinger, der selbsternannte „treue Makler“ zwischen den beiden wichtigsten westlichen Verbündeten, nicht bereit. Desillusioniert über die Möglichkeit, mit der Bundesrepublik zu einem „privilegierten Kontakt“ zu gelangen, offenbarte de Gaulle ihm im März 1969, wie schwer es Frankreich gefallen sei, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht „eine ganz andere Politik [zu] betreiben“ – und Rache zu nehmen. Mochte Kiesinger auch das Gefühl überkommen, vor den Trümmern seiner Frankreichpolitik zu stehen, so konnte er sich doch zugute halten, das deutsch-französische Verhältnis schadlos durch die letzten Jahre der Ära de Gaulle geführt zu haben.

III. „Entente élémentaire“ 1969–1982

Die Optionsfalle

Mit dem Rücktritt de Gaulles im April und der Abwahl der Großen Koalition im September 1969 wurden die Karten der deutsch-französischen Beziehungen neu gemischt. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik war die CDU an dem ‚Spiel‘ nicht mehr direkt beteiligt, mußte ihm vielmehr von der harten Bank der Opposition aus zuschauen.

Unerfreulich wie die machtpolitische Rochade in Bonn war für die Christdemokraten auch der Führungswechsel in Paris. Denn im Kampf um die Nachfolge de Gaulles setzte sich nicht der Europa-freundliche Senator Alain Poher, sondern der frühere gaullistische Premierminister Georges Pompidou durch.

Frankreichs neuer Staatspräsident begegnete der Bundesrepublik ob ihres ökonomischen Schwergewichts und der von Bundeskanzler Willy Brandt forcierten Ostpolitik mit großem Mißtrauen. Die CDU in ihrem Widerstand gegen diese Ostpolitik zu unterstützen, kam für ihn jedoch nicht in Frage. Zwar öffneten Pompidou, die Spitzen seiner Koalitionsregierung und die Vorsitzenden der Mehrheitsparteien dem neuen CDU-Partei- und Fraktionschef Rainer Barzel die Pariser Portale. Ihre politische Übereinstimmung blieb aber – abgesehen vom beiderseitigen Bekenntnis zu einer dauerhaften deutsch-französischen Freundschaft – beschränkt. Als Barzel und der eigens nach Paris entsandte Sonderemissär Kurt Birrenbach im Frühjahr 1972 für die Absicht warben, den Ostverträgen die Ratifikation zu verweigern, stießen sie auf eine Mauer aus Granit. Eindringlich warnte die französische Führung vor einem Rückfall in den Kalten Krieg, signalisierte gar die Gefahr einer Zerstörung der „Entente élémentaire“ (Willy Brandt).

Ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag trug Pompidou der CDU indes nicht nach. Demonstrativ lud er

Barzel Mitte 1972 anlässlich eines Besuchs der Olympischen Spiele in München zu einem Meinungsaustausch ins französische Generalkonsulat ein, nachdem das Bonner Protokoll ein Treffen im Olympiastadion verhindert hatte. Im Herbst diente er dem CDU-Chef gar als ‚Briefträger‘ einer Botschaft an die sowjetische Regierung und hoffte, so zur Verbesserung der angespannten Beziehungen zwischen den Christdemokraten und dem Kreml beitragen zu können.

Der Union den Sieg bei den Bundestagswahlen Ende 1972 wünschte der Staatspräsident allem Anschein nach aber nicht. Eine CDU-geführte Bundesregierung würde – so sein Kalkül – nicht nur den Integrationsprozeß der EG stärker betonen als ihm lieb war, sie würde auch keinen Millimeter von der proamerikanischen Linie der Außenpolitik Brandts abweichen.

In der Tat stieß Frankreichs Versuch, die europäischen Verbündeten im „Jahr Europas“ zur Emanzipation von der westlichen Vormacht zu bewegen und das Hegemonialgebaren der Regierung Nixon zu konterkarieren, nicht nur in der Bonner Koalition, sondern auch in der Opposition auf Widerspruch. Die CDU dachte nicht daran, abermals in die von Paris aufgestellte Optionsfalle zu tappen. Ende 1973 brachte der neue Chef der Bundestagsfraktion, Karl Carstens, die außenpolitische Marschrouten der Partei auf die Formel: Festigung des transatlantischen Bündnisses; Vorrang der westlichen Bindungen vor der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten. Als gemäßigter „Atlantiker“ bewertete der Christdemokrat aus Bremen die Beziehungen zu den USA eindeutig als die „gewichtigen“ im außenpolitischen Koordinatenkreuz der Bonner Republik. Mochte die von Frankreich verlangte Emanzipation auch „im Prinzip erstrebenswert“ sein, hielt Carstens sie angesichts der offenen deutschen Frage und des nicht-atomaren Status der Bundesrepublik doch für indiskutabel.

Im Abseits

Der plötzliche Tod Georges Pompidous und der abrupte Rücktritt Willy Brandts leiteten im deutsch-französischen Verhältnis Mitte 1974 eine neue Epoche ein. Daß in Bonn und Paris nunmehr Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt die Richtung der Politik bestimmten, mag aus der zwischenstaatlichen Perspektive als Glücksfall gelten. Für die CDU hingegen brachen ‚harte Zeiten‘ an, weil die Regierungen sie an der von ihnen geschlossenen „Vernunftehe aus Neigung“ (Kurt Becker) nicht beteiligten. Sieben Monate dauerte es, bis die Vorsitzenden der französischen Mehrheitsparteien einer Bitte von Carstens um Fortsetzung des von Barzel eingefädelten Dialogs nachkamen. Aus der Riege der Kabinettsmitglieder nahm sich nur Innenminister Michel Poniatowski Zeit für ein Gespräch.

Das im Vergleich zur Präsidentschaft Pompidous gesunkene Interesse an Kontakten zur deutschen Opposition hing gewiß mit der persönlichen Verbundenheit Giscard zu Schmidt und dem Abschluß der Ostpolitik Willy Brandts zusammen; es spiegelte aber auch die unterschiedlichen Positionen beider Seiten in zentralen Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik wider. Die von Frankreich in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gesetzten Hoffnungen wurden von der CDU nicht geteilt – im Gegenteil. Sie schenkte den Absichtsbekundungen der Warschauer-Pakt-Staaten angesichts der fortbestehenden Spannungen zwischen Ost und West keinen rechten Glauben und forderte die Bundesregierung 1975 daher auf, die KSZE-Schlußakte von Helsinki nicht zu unterzeichnen. Diametral entgegengesetzt verlief auch die Debatte über die politische Einigung Europas. Während Frankreich im Wahlkampf für das Europäische Parlament 1979 jeglicher weiteren Beschneidung nationaler Souveränitätsrechte eine kategorische Absage erteilte, feierte die

CDU die erste Direktwahl zum Straßburger Abgeordnetenhaus als wichtige Etappe auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat.

Desungeachtet erweckte die Niederlage Giscard's bei den Präsidentschaftswahlen 1981 in der Union höchst gemischte Gefühle. Daß die Zeit seines „Tandems“ mit Schmidt vorbei war, wurde gewiß begrüßt. Daß aber mit François Mitterrand ein Sozialist in den Elysée-Palast einzog, der kommunistische Minister in die Regierung berief, löste gleich doppelte Irritationen aus.

Ihr Dogma der deutsch-französischen Freundschaft in Frage zu stellen, kam der CDU allerdings nicht in den Sinn. Als sie ein Jahr später die Regierungsverantwortung wieder übernahm, proklamierte der neue Bundeskanzler Helmut Kohl nicht nur die Stärkung der NATO, die Vertiefung der EG-Integration und die Fortsetzung der Ostpolitik, sondern auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Frankreich als Fundamentalziele seiner Außenpolitik.

IV. „*Le couple franco-allemand*“ 1982–1998

„Wir haben uns versöhnt. Wir sind Freunde geworden“

In Ludwigshafen, unweit der französischen Grenze geboren, hatte Kohl schon in früher Jugend tiefe Einblicke in die Komplexität der Beziehungen zum westlichen Nachbarn gewonnen. Beseelt vom Gedanken der Aussöhnung und der europäischen Einigung, wirkte er 1950 tatkräftig daran mit, Grenzpfähle zwischen Deutschland und Frankreich niederzureißen, um, wie er glaubte, Europa zu bauen. Die Beseitigung des deutsch-französischen Antagonismus begriff Kohl aber nicht nur als Problem der großen Politik, sondern als Ausdruck einer „auch emotional begründeten Sehnsucht nach einer echten Annäherung“ zwischen beiden Völkern.



Helmut Kohl und François Mitterrand in Verdun, 1994 (BPA)

Der CDU-Chef war sich bewußt, daß zu Beginn seiner Kanzlerschaft zumindest eine Voraussetzung für die intensive Beschäftigung mit diesem „Herzensthema“ fehlte: die stimmige „Chemie“ zwischen den politisch Verantwortlichen in Bonn und Paris. Denn der Sozialist aus Jarnac und der Christdemokrat aus Oggersheim schienen, wie Kohl freimütig zugab, sowohl politisch als auch persönlich „nicht ‚füreinander geschaffen‘“. „Unsere gesellschaftlichen Vorstellungen, unser politisches Engagement und, wer weiß, unsere Charaktere: alles mußte uns a priori trennen“, räumte auch Mitterrand später ein. Frankreichs Präsident setzte zwar wie seine Vorgänger auf die nationale Unabhängigkeit, das Gleichgewicht der Blöcke und die Einigung Europas. Der Bundesrepublik in seinem ‚System‘ eine Sonderrolle zuzugestehen, lehnte er jedoch entschieden ab; „une bonne entente“, ja, aber keine „Achse“ Bonn-Paris.

Ungeachtet seines nicht eben unproblematischen Verhältnisses zu Schmidt reagierte Mitterrand auf die Bonner „Wende“ denn auch mit deutlicher Skepsis. Er erwartete von Kohl eine stärkere Betonung der transatlantischen Partnerschaft und eine Verschärfung der Kritik an der sozialistischen Planwirtschaft à la française. Um so angenehmer war die Überraschung für ihn, als der Kanzler sich Anfang Oktober 1982 bei ihrer ersten persönlichen Begegnung als Freund Frankreichs und als letzten deutschen Regierungschef mit europäischer Gesinnung präsentierte. Kohl befürwortete die Fortschreibung der Entspannungspolitik mit der Sowjetunion, ließ außerdem keinen Zweifel an seinem Willen, den hochumstrittenen NATO-Doppelbeschluß in beiden Teilen umsetzen zu wollen. Mitterrand zeigte sich beeindruckt, befürchtete aber, daß Kohl den Kampf gegen die inner- wie außerparlamentarische Opposition verlieren könne.

Seine Angst vor einem Abdriften der Bundesrepublik nach Osten veranlaßte den Staatspräsidenten wenige Wo-

chen später, dem Kanzler persönlich den Rücken zu stärken. In einer aufsehenerregenden Bundestagsrede zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags ermunterte er die Bundesregierung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen und regte die Vertiefung der beiderseitigen Zusammenarbeit wie auch der europäischen Einigung an.

Kohl teilte seine Sorge um den deutschen National-Neutralismus wie auch die Überzeugung, die historische Aufgabe der europäischen Integration nur mit Frankreich meistern zu können. In der Absicht, einen Rückfall Europas in die nationalstaatlichen Querelen des 19. Jahrhunderts zu vereiteln, nahm er den von Mitterrand gesponnenen Faden auf und verschrieb sich mit Zustimmung seiner Partei der Aufgabe, der von „Euro-Sklerose“ befallenen EG neuen Lebenshauch einzuatmen. Taktisch klug überließ er ihm in der Politik des ausgeprägten Bilateralismus wie selbstverständlich die Rolle des Vorreiters – und erwies sich einmal mehr als gelehriger Schüler Konrad Adenauers, der ihm einst nahegelegt hatte, man müsse „die Trikolore dreimal grüßen und die Bundesflagge nur einmal – nicht aus mangelndem Respekt vor der Bundesflagge, sondern aus dem einfachen Hinnehmen der Grande Nation“.

In ihrem ausgeprägten Gespür für die Bedeutung der Geschichte und für die Wirkungskraft symbolischer Gesten reichten sich beide Staatsmänner 1984 bei Verdun über den Gräbern von hundert Tausenden von Soldaten feierlich die Hände. „Europa ist unsere gemeinsame kulturelle Heimat ...“, verkündeten sie emphatisch. „Deshalb haben wir – Deutsche und Franzosen – vor nahezu 40 Jahren den brudermörderischen Kämpfen ein Ende gesetzt und den Blick auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichtet. Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden.“

Ehedem Gegner der von Adenauer und de Gaulle geschmiedeten Allianz, stilisierte Mitterrand den einst kriti-

sierten Elysée-Vertrag nun zum „Embryo der gemeinsamen europäischen Verteidigung“ und erhob das bilaterale Verhältnis zur „Schicksalsgemeinschaft“. Als kompetenter Hüter des Adenauerschen Vermächtnisses pflichtete Kohl ihm bei und postulierte für beide Völker die historische Aufgabe, eine europäische Union zu bauen.

Verschiebungen der „Machtgeographie“

Der weltpolitische Umbruch des Jahres 1989/90 stellte das „couple franco-allemand“ (Henri Ménéudier) – auch die persönliche Freundschaft zwischen Mitterrand und Kohl – auf eine harte Probe. Während das französische Volk den Fall der Berliner Mauer mehrheitlich begrüßte, reagierten Teile der classe politique verunsichert, ja abweisend. Mitterrand focht die prinzipielle Legitimität eines deutschen Nationalstaates zwar nicht an, wünschte dessen Wiedergeburt aber ad calendae graecas zu verschieben. Enttäuscht, ja verbittert, nahmen die Deutschen, auch ihr Kanzler, zur Kenntnis, wie kühl der Staatspräsident die französische Staatsräson zu verteidigen verstand, als er Europas „Machtgeographie“ in Gefahr wählte.

Das Vorpreschen der Bundesregierung mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens im Jugoslawien-Konflikt 1990 oder ihre Vorstellungen von einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 waren nicht geeignet, Frankreichs Mißtrauen gegenüber den Ambitionen des geeinten Deutschlands abzubauen. Nur mühsam faßte das „Tandem“ Kohl-Mitterrand wieder Tritt, funktionierte dann aber doch so gut, daß die Verhandlungen über die Europäische Union 1992 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Als ein von Mitterrand anberaumtes Referendum über den Vertrag von Maastricht 1993 zu kippen drohte, sprang Kohl dem bedrängten Präsidenten mit einem denkwürdigen Auftritt im französischen Fernsehen bei und revanchierte sich da-

mit für dessen Bundestagsrede zehn Jahre zuvor. Krieg und Not, rief der Kanzler dem Publikum zu, hätten ihn gelehrt, daß es für Europa nur einen einzigen Weg geben könne: „die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich“. Als „Freund“ Frankreichs erlaube er sich daher den Rat: „Ergreifen Sie die Chance, damit Franzosen und Deutsche gemeinsam als Europäer über ihre Zukunft entscheiden.“

V. Wiederkehr des Dreiecksdilemmas 1998–2005

„Der Kern des europäischen Kerns sind Deutschland und Frankreich“

Mit der Demission François Mitterrands 1995 und der Abwahl Helmut Kohls 1998 trat das Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich in eine neue Periode. Schnell stellte sich der Eindruck ein, als ob die in Berlin und Paris nun regierenden Enkel der Nachkriegsvisionäre die bilaterale Freundschaft nur noch lustlos verwalteten. Den Versäumnissen der Sozialdemokraten und Neogaullisten mit konstruktiven Vorschlägen entgegenzutreten, bereitete den abermals in die Opposition gedrängten und von einer Parteispendenaffäre erschütterten Christdemokraten erhebliche Mühe. Nach der Wahl Angela Merkels zur Parteivorsitzenden im Jahre 2000 gelangte die CDU zwar innerparteilich wieder in ruhigeres Fahrwasser, sah sich allerdings jetzt dem Verdacht ausgesetzt, unter der Leitung der ostdeutschen Protestantin den außenpolitischen Kompaß neu auszurichten.

Merkel tat gut daran, die Zweifel umgehend auszuräumen. In der Kontinuität von Adenauer bis Kohl blieben die Partnerschaft mit den USA, die Arbeit an der Vision vom geeinten Europa und die Freundschaft zu Frankreich für sie unverrückbare Eckpunkte christdemokratischer Außenpolitik. Über das Mischungsverhältnis dieser Trias gab es in der CDU indes durchaus unterschiedliche Auffassun-

gen. Namentlich der außenpolitische Experte Karl Lamers trat dafür ein, Europa „zu einem globalen Akteur“ aufzubauen und mit einem „festen Kern“ zu versehen, wobei „der Kern des Kerns“ für ihn „Deutschland und Frankreich“ waren. Merkel machte sich dieses Modell nicht zu eigen, pries Frankreich aber 2002 ebenfalls als Deutschlands „wichtigstes europäisches Partnerland“ und warb mit einem in französischer Sprache vorgetragenen Grußwort auf dem Gründungsparteitag der neo-gaullistischen „Union pour un Mouvement Populaire“ (UMP) für die bilaterale Partnerschaft. „Wir haben nur eine Option: Einigkeit in Europa und transatlantische Partnerschaft.“

Diese Bekenntnisse der CDU-Vorsitzenden stießen in Paris auf großes Wohlgefallen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen vom September deutete sich gar ein Tête-à-tête zwischen der französischen Regierung und der größten deutschen Oppositionspartei an. Staatspräsident Jacques Chirac bemühte sich so auffällig um den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber, daß Bundeskanzler Gerhard Schröder glaubte, an der Seine mehr Zurückhaltung anmahnen zu müssen.

Nach der Bestätigung der rot-grünen Koalition wendete sich das Blatt. Chirac und Schröder zogen fortan außenpolitisch an einem Strang, was die CDU dazu veranlaßte, ihre Beziehungen zur UMP zu intensivieren. Anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags riefen die Parteivorsitzenden Angela Merkel und Alain Juppé Anfang 2003 in einem gemeinsamen Zeitungsbeitrag unisono zur Fortschreibung der „Erfolgsgeschichte“ des Freundschaftsabkommens auf. Sie warnten vor einer „schleichenden Entfremdung“ zwischen beiden Nationen und appellierten an ihre Regierungen, als „Tandem“ eine „Vorreiterrolle beim Integrationsprozeß Europas ein[z]u nehmen“.

Die Kontakte zur UMP wurden für die CDU um so wertvoller, als ihr Verhältnis zur französischen Staatsführung

im Zuge des Irak-Konflikts in schwere Turbulenzen geriet. Indem Chirac und Schröder eine um Rußland erweiterte Anti-Kriegsallianz gegen die USA schufen, ließen sie das christdemokratische Glaubensbekenntnis der Vereinbarkeit von deutsch-französischer und deutsch-amerikanischer Freundschaft arg ins Wanken geraten. Während Lamers die Bildung einer festen deutsch-französischen „Achse“ propagierte, die die Europäische Union in die Lage versetzen sollte, Amerika vor einer „Hybris der Macht“ zu bewahren, stellte Merkel sich eindeutig auf die Seite der USA.

Ende April 2003 beendete die CDU die heikle Debatte über das Dreiecksdilemma mit der Verabschiedung außenpolitischer Leitlinien, die Merkels Position weitgehend stützten. Der Vorstand bekräftigte die transatlantische „Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft“ und deklarierte die deutsch-französische Freundschaft als „essentiell“ für die europäische Einigung wie für die Zusammenarbeit mit den USA. Er warnte aber die Regierungen in Berlin und Paris vor jedem „Anschein von Dominanz“ und forderte „mehr Sensibilität“ gegenüber Dritten, insbesondere zu Polen.

Merkel selbst hatte schon bei einem Besuch in Washington ihre Vorstellungen von der künftigen deutschen Außenpolitik als Balance zwischen den USA, Frankreich und Polen skizziert. Dem abermals hochkommenden Verdacht, sie liebäugle mit einem Europa nach anglo-amerikanischem Gusto, setzte die Parteivorsitzende das Argument entgegen: „Wir haben nur eine Option. Die heißt Einigkeit in Europa und transatlantische Partnerschaft.“

Daß die Union trotz der von Merkel exerzierten festen Verbundenheit mit den USA vor der Gefahr einer Amerika-Hörigkeit Erhardscher Provenienz gefeit war, bewies sie 2004 im Kontext der Diskussion über die Aufnahme der Türkei in die EU. Entgegen dem Willen der Washingtoner Regierung plädierte die CDU in Übereinstimmung mit der

UMP für eine „privilegierte Partnerschaft“ Ankaras. Ihre Hoffnung, der designierte Chef der Neogaullisten, Nicolas Sarkozy, könne die französische Führung zur Übernahme dieses Modells bewegen, sollte sich nicht erfüllen. Mitte Dezember stimmte Chirac wie auch Schröder der Eröffnung von Verhandlungen über eine türkische Vollmitgliedschaft zu.

„Wunder unserer Zeit“, so hat Charles de Gaulle die deutsch-französische Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg genannt. Führt man sich die nationalistischen Exzesse des 19. und 20. Jahrhunderts vor Augen, kann man dem Urteil der „französischen Jahrhundertgestalt“ (Klaus Hildebrand) nur beipflichten. Von Adenauer und Schuman 1950 initiiert, gewann die Aussöhnung dank Adenauer und de Gaulle 1963 völkerrechtliche Gestalt. Unter Kohl und Mitterrand erlebte die „Erbfreundschaft“ (Hans-Peter Schwarz) eine wahre Blütezeit. Zur Verklärung besteht indes kein Anlaß. Auch heute gären unter der Decke der Freundschaftsrhetorik noch Ängste und Hintergedanken. In der Gewißheit, „'die' Partei der deutsch-französischen Freundschaft“ zu sein (Karl Feldmeyer), wird die CDU die Verständigung mit dem westlichen Nachbarn dem Erbe Adenauers und Kohls gemäß auch in Zukunft stets aufs neue mit Leben füllen müssen.

Lit.: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, hg. von Horst MÖLLER und Klaus HILDEBRAND, 4 Bde., München 1997, 1999; BUCHSTAB, Günter: Zwischen „Zauber“ und „Donner“. Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Wilfried LOTH/Robert PICHT (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa. Opladen 1991, S. 95–107; HILDEBRAND, Klaus: „Atlantiker“ versus „Gaullisten“. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: *Revue d'Allemagne* 22 (1990), S. 583–592; LAPPENKÜPER, Ulrich: Den Bau des „europäischen Hauses“ vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966), in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 7 (2000), S. 239–267; DERS.: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. 2 Teilbde., München 2001; MARCOWITZ,

Reiner: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München 1996; OPPELLAND, Torsten: Alte und neue Atlantiker-Gaullisten-Kontroversen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 11 (2004), S. 341–350; SCHREINER, Reinhard: Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich und den Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945–1966, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 183–196; TASCHLER, Daniela: Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966–1969), Düsseldorf 2001; ZIEBURA, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Überarb. Neuausgabe, Stuttgart 1997.